

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Geförderte Beschäftigungsverhältnisse in regionalen Netzwerken

Mit einem Bestand an 28.341 Arbeitslosen (Quote: 10,0 Prozent), von denen 12.537 (44,2 Prozent) als langzeitarbeitslos gelten (Stand: Januar 2016), ist die Arbeitsmarktsituation in der Stadt Bremen als sehr angespannt zu bewerten. Dies gilt insbesondere für Menschen, die keinen Schul- oder Berufsabschluss haben, die seit längerer Zeit arbeitslos sind und die weitere Vermittlungshemmnisse aufweisen. Gerade Personen, die auf längere Sicht von einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, brauchen eine Chance auf Integration und soziale Teilhabe. Diese gelingt am besten über eine Arbeitsstelle. Insofern sind geförderte Beschäftigungsangebote für diese Personengruppe und mit Blick auf problematische Arbeitsmarktregionen wie die Stadt Bremen besonders wichtig.

Eine Möglichkeit dafür stellten bis vor kurzem die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-M, auch „Ein-Euro-Jobs“) sowie die geförderten ehrenamtlichen Stellen in den regionalen Netzwerken dar, die von den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen e.V. (VaDiB) angeboten wurden. Aufgrund geänderter Fördervoraussetzungen seitens des Jobcenters, war seit dem 01.07.2014 eine ergänzende Landesfinanzierung aus ESF-Mitteln nötig, die zum 31.12.2015 auslief. Über die Presse lieferten sich Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) und der VaDiB im Dezember 2015 einen Schlagabtausch, ob für die in den regionalen Netzwerken beschäftigten Menschen andere, gleichermaßen geeignete Fördermöglichkeiten geschaffen bzw. gefunden worden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele geförderte Beschäftigungsverhältnisse wurden bis Ende 2015 durch den VaDiB in den regionalen Netzwerken betreut? Um welche Art von Beschäftigungsverhältnissen (z.B. AGH-M, Ehrenamtsstellen) handelte es sich dabei? Welche Voraussetzungen mussten die Teilnehmenden und die Einrichtungen für die Beteiligung an bzw. die Durchführung der Maßnahmen erfüllen? Welche Ziele wurden damit verfolgt? Welche Kosten entstanden für die Einrichtungen und die öffentliche Hand insgesamt und pro Förderfall (ggf. differenzieren nach Art des Beschäftigungsverhältnisses)?

2. In welchen Einrichtungen bzw. Einsatzstellen wurden 2015 wie viele Plätze in regionalen Netzwerken angeboten? In welchen Stadtteilen lagen die Einrichtungen bzw. Einsatzstellen? In welchen Fällen handelte es sich dabei um WIN Gebiete?
3. Durch welche alternativen sozialräumlichen Beschäftigungsmaßnahmen in welcher Größenordnung wurden die bis Ende 2015 existierenden Stellen in den regionalen Netzwerken ersetzt? In welchen Stadtteilen und in welchen Einrichtungen sind die Ersatzmaßnahmen angesiedelt? In wie vielen Fällen konnten die bisherigen Plätze mit den bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitergeführt werden? Was ist aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geworden, die nicht auf ihrer alten Stelle weiterbeschäftigt werden konnten?
4. Welche Kosten entstehen in den alternativen sozialräumlichen Beschäftigungsmaßnahmen für die Einrichtungen und die öffentliche Hand insgesamt und pro Förderfall (ggf. differenzieren nach Art der Beschäftigungsmaßnahme)? Welche Voraussetzungen gelten dort für die Teilnehmenden und Einrichtungen und inwiefern unterscheiden sich diese von den Voraussetzungen in den regionalen Netzwerken? Wie unterscheidet sich die soziale Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ersatzmaßnahmen von denen in den regionalen Netzwerken?
5. In welchen Einrichtungen bzw. Einsatzstellen wurden aus welchen Gründen wie viele der bis Ende 2015 in den regionalen Netzwerken angesiedelten Plätze nicht durch Ersatzmaßnahmen ersetzt? Plant der Senat, dort weitere geförderte Beschäftigungsverhältnisse einzurichten? Wenn ja, wann und wie viele? Wie kompensieren die Einrichtungen die durch das Ende der regionalen Netzwerke weggefallenen Plätze und verlorenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?
6. Welche arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ziele verfolgt der Senat durch die seit Ende 2015 erfolgten Veränderungen bei den sozialräumlichen Beschäftigungsmaßnahmen und sieht er diese Ziele als erfüllt an?

Birgit Bergmann, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU